



Bericht der SP-Fraktion zur KR-Sitzung vom 25. März 2021

3.3. Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister) 3206.1/1a - 16535

Traditionell steht die SP für eine diskriminierungsfreie und selbstbestimmte Gesellschaftspolitik. Deshalb hat sie der Änderung des ZGB, welche eine Änderung des Geschlechtseintrag im Personenstandsregister vereinfacht, nachdrücklich unterstützt. Die SVP versucht diese in Bundesbern breit abgestützte Möglichkeit mit Kantonsreferenden zu torpedieren. Damit Zug nicht einer der acht notwendigen Kantone für ein erfolgreiches Referendum wird, erteilt die SP-Fraktion im Zuger Kantonsrat der Motion der SVP eine klare Absage.

3.4. Motion der SP-Fraktion betreffend Härtefallmassnahmen für die Zuger Kulturschaffenden 3209.1 - 16542

Der Kanton Zug zeigt sich bei der Unterstützung von Personen und Institutionen, die von den Corona-Massnahmen hart betroffen sind, grundsätzlich grosszügig. Die Zustimmung für diese Massnahmen geht durch alle Parteien. Die SP lenkt mit ihrer Motion das Augenmerk auf eine Berufsgruppe, welche Gefahr läuft, durch alle Maschen des Auffangnetzes zu fallen, die vielzitierten selbständigerwerbenden, freischaffenden Kulturschaffenden, aber auch Berufsgruppen in diesem Umfeld, die nicht als selbständigwerbend gelten, wie Tontechnikerinnen, Schauspieler, Theaterpädagoginnen usw. Die Unterstützung soll im Rahmen der Härtefallmassnahmen des Kantons Zug subsidiär zu Beiträgen aus dem «Kulturtopf» und zu allfälligen Zahlungen des Bundes maximal 3'840 betragen.

Generell bleibt die SP-Fraktion auf der Linie, dass der Kanton Zug seine vorteilhafte Finanzsituation für rasche, grosszügige und unbürokratische Hilfe an notleidende Privatpersonen, Organisationen und Firmen nutzen soll.

Die SP-Fraktion wird für die Überweisung stimmen.

3.7. Interpellation von Virginia Köpfli, Isabel Liniger, Guido Suter und Anna Spescha betreffend psychische Gesundheit der Bevölkerung während der Corona-Krise 3203.1 - 16530

Während in «normalen» Zeiten die meisten Menschen in einer Balance zwischen Herausforderungen und Ressourcen leben, kann sich dieses Verhältnis in Krisen markant verändern. Die SP legt dem Regierungsrat einen Katalog von Fragen zur entsprechenden Situation im Kanton Zug vor. Dabei geht es um eine Beurteilung der konkreten Situation seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie, den Umgang des Kantons mit dieser Entwicklung und eine Einschätzung der langfristigen Konsequenzen, sowohl für die betroffenen Personen als auch für den Handlungsbedarf der kantonalen Fach-Institutionen.

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit Ökoplus für die Planung und Installation von PV-Anlagen und Ladestationen 3165.1/1a - 16447 und weitere

Die SP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass ihre Motion aus dem Jahr 2018 nun Früchte trägt. Die einstimmige Zustimmung sowohl in der Stawiko wie in der Hochbaukommission zeigen die Bedeutung des damaligen Vorstosses honorieren aber auch den detaillierten Bericht der Regierung zum Potenzial für Photovoltaik auf Gebäuden des Kantons. Auf diesen lassen sich nun konkrete strategische Umsetzungsentscheide abstützen. Die SP unterstützt den Ansatz, die Anlagen auf den Eigenbedarf auszurichten, dies aus wirtschaftlichen Gründen. Auch das pragmatische Vorgehen

hinsichtlich der Ladestationen für batteriegestützte Mobilität stösst auf Zustimmung.
Die SP-Fraktion wird den Kantonsratsbeschluss einstimmig unterstützen.

11.2.1. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Wohnen im Alter 3064.1 - 16251,
3064.2 – 16496

bzw.

11.2.2. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Wohnraumförderung 3113.1 - 16343,
3113.2 - 16496

Die Förderung bezahlbaren Wohnraums und die Unterstützung alternativer Wohnformen im Alter sind für die SP ein Dauerbrenner. Der Regierungsrat wird diesbezüglich als zu passiv wahrgenommen: Es genügt aus Sicht der Fraktion nicht, sporadisch bei Projekten finanzielle Unterstützung zu leisten, sondern es braucht ein weit offensiveres Rollenverständnis der Regierung, um tatsächlich Verbesserungen zu erreichen. Tatsächliche Förderung sieht anders aus.

12. Motion von Andreas Hürlimann und Karen Umbach betreffend bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten im Kanton Zug 2868.1 – 15773, 2868.2 – 16543

Die Regierung anerkennt die hohe gesellschaftspolitische Bedeutung der Motion zur Schaffung von familien- und schulergänzenden Angeboten im ganzen Kanton, durch die Behandlung im Programm «Zug+». Leider fehlt diesem Programm ein Zeitrahmen für die Umsetzung. Die SP-Fraktion unterstützt die verstärkte Beteiligung des Kantons an den Angeboten selbstredend. Sie könnte sich ein angebotsorientiertes Vorgehen vorstellen, um zögerlichen Gemeinden den Einstieg zu erleichtern. Die Regierung beantragt die Teilerheblicherklärung, unterlässt aber im Bericht die genaue Bezeichnung der nicht unterstützten Teile der Motion.

Je nach Verlauf der Debatte wird die SP-Fraktion dem Antrag der Regierung zur Teilerheblicherklärung folgen oder für eine Erheblicherklärung stimmen.

Kontakt:

Guido Suter
suterguido@gmx.net

077 421 45 31